



MITTEILUNG AN DIE PRESSE

Bundenbach, 27.05.2015

Wie viele Windräder verträgt unser Land?

In mehreren rheinland-pfälzischen Tageszeitungen sowie auch durch die SWR-Landesschau ließ das Mainzer Energieministerium vor zehn Tagen eine erneute Desinformationskampagne verbreiten: Eine Umfrage unter 1000 wahlberechtigten Bürgern ergab demnach eine Zustimmung von 85 Prozent für den Ausbau der Windenergienutzung. Doch die absichtlich ungenaue Formulierung der Fragen ließ keinen Spielraum für ein anderes als das vorweg erwünschte Umfrageergebnis.

Es war eine weitere oberflächliche und tendenziöse Umfrage, die sich in die von der Landesregierung in Auftrag gegebenen politisch motivierten Gutachten, Studien und Umfragen einreicht. Und dies, damit sich Frau Ministerin Lemke laut eigenem Bekunden „durch die Menschen in Rheinland-Pfalz gestärkt und unterstützt“ fühle (wörtl. Zitat).

Die Umfrage entspricht in keiner Weise den methodischen Grundsätzen einer seriösen Befragung und ist mit lediglich 1 000 Befragten von insgesamt drei Millionen Wahlberechtigten weit weg von einer statistisch ernst zu nehmenden repräsentativen Erhebung. Die Kosten dieser aus Steuergeldern bezahlten Umfrage betragen 38 000 Euro, also 38 Euro je befragter Person.

Ganz anders als Ministerin Lemke bewertet die CDU-Opposition in Mainz die Haltung der Bürger zur Windkraft im Land. Ihr Parlamentarischer Landesgeschäftsführer Hans-Josef Bracht, der aus dem Hunsrück kommt, schätzt die Lage sehr realistisch ein, wenn er von "hohem Frust vor Ort" spricht, wie einem Artikel der AZ vom 23. Mai zu entnehmen war. Dieser Frust und die Widerstände der Bürger werden sich weiter erhöhen, sollten die Planungsgemeinschaften an ihren regionalen Raumordnungsplänen und den zusätzlichen Vorranggebieten für Windkraft weiter festhalten – allen ablehnenden Stellungnahmen von Kommunen, Verbandsgemeinden und Bürgern zum Trotz.

Zugleich erheben die führenden Landespolitiker von Lemkes Grünen-Partei die so vollmundige wie irrsinnige Forderung nach 1 000 zusätzlichen Windrädern für Rheinland-Pfalz. Und wieder verschweigen sie absichtsvoll, dass der Anteil der gesamten aus Windkraft erzeugten Strommenge gerade einmal lächerlich geringe 1,2 Prozent des Gesamtenergiebedarfs in Deutschland beträgt. Bei diesem sowohl bilanziell als auch faktisch nutzlosen Ertrag benötigen wir kein einziges weiteres Windrad mehr! Denn gleichzeitig (damit die Energieversorgung nicht zusammenbricht) steigt die Stromerzeugung z.B. durch Kohlekraftwerke in ganz erheblichem Ausmaß weiter an.

Völlig den Boden der Realität verlassen hat die rot-grüne Landesregierung mit ihrem propagierten Ziel, bis 2030 solle aller im Land verbrauchte Strom zu 100 Prozent „Ökostrom“ sein. Damit wird den Bürgern einmal mehr vorgetäuscht, die Energiewende käme tatsächlich voran. Doch die sogenannten „Erneuerbaren Energien“, ganz gleich wie

stark sie ausgebaut werden, können aus rein physikalischen Gründen niemals mehr als nur wenige Prozent Anteil an der Stromversorgung erreichen. Selbst der Begriff „Erneuerbare Energien“ ist eine Lüge, denn jegliche Form von Energie lässt sich nur umwandeln, doch niemals erneuern. Aber diese physikalische Gesetzmäßigkeit wird von den EE-Befürwortern geflissentlich ignoriert.

Das zentrale Problem einer Umstellung der deutschen Energiewirtschaft auf die generelle Versorgung durch Wind- und Solarstrom ist neben dessen Grundlastunfähigkeit das völlige Fehlen ausreichender Speicherkapazitäten. Doch Dr. Bernhard Braun, der energiepolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion, behauptet mit unglaublicher Chuzpe, eine Lösung dieser Frage sei bereits im vollen Gange. Dem widerspricht Dr. Karl Eugen Huthmacher, Abteilungsleiter Zukunftsvorsorge im Bundesministerium für Bildung und Forschung: „Die eine Speichertechnologie gibt es nicht, doch der Wirtschaftsstandort Deutschland braucht ein verlässliches Energiespeichersystem. Es gibt bereits einige Forschungsansätze, die vielversprechend sind.“ Welch eine Ernüchterung: „Vielversprechende Ansätze“ als einziges Forschungsresümee im Mai 2015!

Schon bald wird sich alles Schönreden und Vorspiegeln angeblicher Erfolge der vermeintlichen „Energiewende“ als „grüne“ Scharlatanerie entlarven. Denn schon heute ziehen erste Konzerne und mittelständische Industriebetriebe notwendige Konsequenzen und beginnen ihre Standorte ins Ausland zu verlagern. Deutschlands De-Industrialisierung läuft bereits an. Zugleich sollen aber in Tschechien vier neue Kernkraftwerke gebaut werden, durch deren Stromlieferungen (zusammen mit denjenigen aus polnischen, belgischen und französischen Atommeilern) die deutsche „Energiewende“ überhaupt erst fortgeführt werden kann.

Das Bündnis Energiewende für Mensch und Natur e.V. (43 Bürgerinitiativen in Rheinland-Pfalz und Saarland) fragt, wie lange sich die Bürger noch von der technisch unvernünftigen, sozial wie wirtschaftlich unverantwortlichen und ökologisch katastrophalen Energiewendepolitik der jetzigen rot-grünen Landesregierung an der Nase herumführen lassen wollen. Wenn sich aus ursprünglich grünen Idealen eine politische Ideologie formt, dann wird Widerstand zur Pflicht eines jeden aufgeklärten Bürgers. Nächstes Jahr ist Landtagswahl!

Uwe Anhäuser
Vorsitzender Bündnis Energiewende für Mensch und Natur e.V.

Hauptstraße 18
55626 Bundenbach
Tel. 06544 9356
uwe.anhaeuser@t-online.de